

BUND

01 | Landesverband
19 | Nordrhein-Westfalen



FRIENDS OF THE EARTH GERMANY

MAGAZIN

WÄHLEN GEHEN

Europawahl am 26. Mai

KEIN AUFATMEN

Luftqualität bleibt schlecht

MOORE RENATURIEREN

BUND-Projekt für Natur und Klima

FÜR NATUR UND KLIMA

WASSER FÜR DIE MOORE

Viele Moore wurden degradiert. Dabei sind sie wichtig für Natur und Klima. Ein neues BUND-Projekt untersucht deren mögliche Wiedervernässung auf der Bergischen Heideterrasse.

Moorlandschaften weisen eine einzigartige Artenvielfalt auf und sind von großer Bedeutung für Klimaschutz, Wasserhaushalt und Biodiversität. Einst waren sie auch auf der Bergischen Heideterrasse verbreitet. Der BUND untersucht jetzt die dortigen Standorte und bewertet ihr Renaturierungspotenzial.

Moore sind ein ganz besonderer Lebensraum, zwischen Land und Wasser. Viele spezialisierte und selten gewordene Pflanzen- und Tierarten haben hier ihr zu Hause.

Leider wurden in der Vergangenheit die meisten Moore in Deutschland unter anderem für land- und forstwirtschaftliche



Foto: Werner Funken

Geschützter Heidemoorbewohner: Der Mittlere Sonnentau (Drosera intermedia).

Nutzungen entwässert. Darum stehen viele moortypische Arten heute unter Schutz und brauchen unsere Hilfe, so verschiedene Torfmoos- und Sonnentauarten oder Libellen wie die Moosjungfern. Außerdem wurde und wird in entwässerten Mooren das gebundene Treibhausgas Kohlendioxid frei gesetzt.

Wiedervernässen und vernetzen

Im Rahmen des Erprobungs- und Entwicklungsvorhabens „Wiedervernässung von Heide- und Waldmooren auf der Bergischen Heideterrasse“ werden im Naturraum Bergische Heideterrasse, der sich auf der rechtsrheinischen Mittel- und Hauptterrasse zwischen der Ruhr und der Sieg erstreckt, ehemalige Moorstandorte untersucht. Wir wollen herausfinden, welche Moore für eine Wiedervernässung in Frage kommen und renaturiert werden können. Gefördert wird das Vorhaben durch das Bundesamt für Naturschutz mit Mitteln des Bundesumweltministeriums. Im Rahmen von Nachfolgeprojekten sollen viele geschädigte und gefährdete Moore wiedervernässt werden.

Eine kluge Umsetzung von Renaturierungsmaßnahmen hat zahlreiche positive Effekte: intakte Moore haben eine herausragende Bedeutung für die biologische

Vielfalt. Sie fungieren als CO₂-Senke und spielen so eine bedeutende Rolle beim Klimaschutz. Auch als Wasserspeicher sind sie gerade in Zeiten von Dürren und Starkregenereignissen eminent wichtig. Auf der Bergischen Heideterrasse besteht zudem die Möglichkeit, die Renaturierung von Mooren im Biotopverbund zu realisieren und so die Vernetzung von Moorstandorten wiederherzustellen.



MEHR ZUM PROJEKT

www.bund-nrw.de/moore-renaturieren



Foto: Peter Brenner

Im Einsatz: Martin Grund vom BUND-Heideterrassenteam.

KOMMENTAR

SIE HABEN DIE WAHL!

Am 26. Mai ist Europawahl. Zur Wahl steht dann auch der Umwelt- und Verbraucher*innenschutz.



HOLGER STICHT

ist Vorsitzender des BUND NRW

Foto: Steffen Höft

Allenthalben schraubt die NRW-Landesregierung mühsam erkämpfte Fortschritte im Natur- und Umweltschutz zurück. Doch Vieles wird heute auch in Europa entschieden.

Kürzung des Etats für die Förderrichtlinie Naturschutz und damit Schwächung des Ehrenamts, Eindampfen des Vorkaufsrechts für Naturschutzverbände, ein populistisches, tier- und naturschutzwidriges Jagdgesetz, ein hilfloser Umgang mit der Klimaschutzbewegung mit primitivsten Versuchen, Bürgerinnen und Bürger und auch den BUND zu kriminalisieren, ein Landesentwicklungsplan, aus dem der zweite Nationalpark und selbst jeder Grundsatz zum Flächensparen gestrichen wurde – die Liste des Versagens dieser Landesregierung ist uneinholbar lang, das Desinteresse an den zentralen globalen Aufgaben „Biologische Vielfalt bewahren“ und „Klimaschutz“ auffällig groß.

Doch dann wird im März dieses Jahres auf einmal das bayerische Volksbegehren Artenvielfalt zu einem unerwartet großen Erfolg. Und plötzlich flattert die Einladung zu einem Kongress „Insekten schützen – Artenvielfalt bewahren“ ins Haus. Laschet höchstpersönlich will auflaufen und erklären, dass „für die Landesregierung NRW die Erhaltung der biologischen Vielfalt eine zentrale Aufgabe“ und „sie zu bewahren ein Kernanliegen ihrer Naturschutzpolitik“ sei.

Beschwichtigungsversuche

Ein durchsichtiges Manöver aus Angst, ein solches Volksbegehren könnte auch in NRW kommen. Aber es ist mehr als das. Es ist eine Verhöhnung dieser ge-

sellschaftlichen Mammutaufgaben und derjenigen, die sich für diese einsetzen.

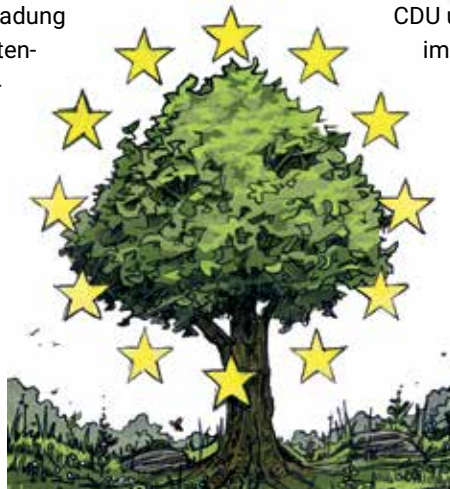
Dieselben Parteien, die mit ihrer konzerngesteuerten Agrarpolitik die Probleme erst verursacht haben und ihnen bis heute Kontinuität garantieren, die Umweltverbänden die Gemeinnützigkeit aberkennen wollen, weil durch diese „Abmahnvereine“ „die deutsche Autoindustrie enthauptet werden soll“ (O-Ton Christian Lindner), erdreisten sich, den x-ten Beschwichtigungsversuch zu unternehmen, ureigene Politikaufgaben in die x-te Diskussionsrunde auszulagern, durch den „Aufbau einer soliden Forschung“ angeblich „noch offene Fragen“ zu klären, um irgendwie um die längst bekannten Lösungen herum zu kommen.

Aufbruch in ein nachhaltiges Europa

Die AFD negiert den Menschen gemachten Klimawandel und den Schwund der biologischen Vielfalt. Die Politik von CDU und FDP ist weniger ungeschickt, aber im Ton immer ähnlicher und im Ergebnis desaströs. Sie haben sich selbst disqualifiziert.

Am 26. Mai ist Europawahl. Diese wird unmittelbaren Einfluss auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU-Länder und damit auch auf die Landwirtschaft in Deutschland und NRW haben. Es geht um nicht weniger als um die Fragen, ob unser Trinkwasser weiterhin mit Nitrat und multiresistenten Keimen verseucht wird, ob das Artensterben weiterhin seinen Lauf nehmen soll.

Sie haben die Wahl, gehen Sie hin!





Zahlreiche Aktivist*innen unterstützten das BUND-Team vor und im Gerichtssaal.



Der "Hambi" im Frühjahr 2019.

HAMBI BLEIBT

Das Verwaltungsgericht Köln hat am 12. März drei Klagen des BUND NRW gegen die Fortsetzung des Braunkohle-tagebaus Hambach abgewiesen. Zuvor hatte der Kohlekonzern zwei Vergleichsvorschläge des Gerichts kategorisch abgelehnt. An der Situation im Hambacher Wald ändert das indessen nichts: Bis auf weiteres darf im Hambacher Wald nicht gerodet werden.

Begleitet von einer Mahnwache von Waldschützer*innen verhandelte das Gericht die Klagen gegen die Zulassung des aktuellen Hauptbetriebsplans sowie gegen die Zwangsenteignung des BUND-Grundstücks im unmittelbaren Tagebauvorfeld. Zu Beginn des sechsstündigen Verhandlungs-Termins schlug die Kammer den Beteiligten eine einvernehmliche Beilegung des Rechtsstreits vor. Der Vorschlag sah vor, dass RWE auf die Rodungen bis Ende 2020 - dem Zeitpunkt des Auslaufens der Zulassung - verzichtet, da nicht damit zu rechnen sei, dass der Rechtsstreit vorher entschieden wird. Der BUND sollte im Gegenzug die Klagen zu-

rückziehen. Alternativ schlug das Gericht die Variante vor, dass RWE verbindlich zusagt, den Tagebau nur bis zu einer näher zu definierenden Linie X fortzuführen und damit absehbar schneller aus der Braunkohleförderung auszusteigen. Während sich der BUND durchaus kompromissbereit zeigte, lehnte RWE eine Einigung ab. Es musste also Urteile gefällt werden.

Irrelevantes Urteil

Und die fielen zu Ungunsten des BUND aus. Das Gericht wollte nicht unserer Argumentation folgen, dass der Hambacher Wald auch noch 2018 wegen der im Jahre 2005 entdeckten herausragenden Bechstein-Fledermauspopulation und der (eigentlich) geschützten Lebensraumtypen für das europäische Schutzgebietssystem Natura 2000 als FFH-Gebiet hätte gemeldet werden müssen. Auch hielt die Kammer die Zwangsenteignung zur Sicherung der Energieversorgung für gerechtfertigt.

Für den BUND ist diese Argumentation nicht nachvollziehbar und wir werden deshalb die Zulassung der Berufung bean-

tragen. An der Lage im Hambacher Wald ändert sich derweilen nichts, denn der Rodungsstopp besteht weiter fort. Zudem ist bereits eine weitere BUND-Klage gegen den Tagebau beim Oberverwaltungsgericht in Münster anhängig. Die Medien sprachen deshalb von einem "irrelevanten Urteil". "Umweltschützer scheitern mit Klage und gewinnen trotzdem" titelte die Süddeutsche Zeitung.

Letztendlich aber brauchen wir eine endgültige politische Lösung, zumal auch die Landesregierung den Erhalt des Waldes für wünschenswert erachtet. Armin Laschet ist gefordert, aber er taucht ab. Mit dem BUND in NRW hat er bis heute kein Gespräch gesucht.

Zerstörung beenden: Wald und Dörfer retten!



APPELL UNTERSCHREIBEN

Alle Infos und Appell an Laschet und Co. unter [www.bund-nrw.de/ braunkohle](http://www.bund-nrw.de/braunkohle)



Horst Meister vom BUND beim "Klimatag" in Viersen.

Foto: Almut Grytzmann-Meister

KLIMASCHUTZ IN SCHULEN

Vierorts werden BUND-Expert*innen eingeladen, die "Fridays for Future" mitzugestalten - und zwar im Rahmen des regulären Unterrichts. So auch in Viersen.

Klimatag an der Viersener Johannes Kepler Realschule. Die örtlichen BUND-Aktiven waren eingeladen worden, in insgesamt 15 Schulklassen mit jeweils drei Doppelstunden anschaulichen und kreativen Unterricht zum Natur- und Umweltschutz in Zeiten des Klimawandels zu vermitteln. Die Themenpalette reichte dabei vom Bau von Bienen-Hotels über Plastikmüll, Trinkwasser-Analysen, Gefahren für die Stadtbäume bis hin zur Massentierhaltung.

"Der Klimawandel hat viele Ursachen; alles hat mit allem zu tun", erklärte Almut Grytzmann-Meister vom BUND Viersen. "Bleibt zu wünschen, dass künftig in allen NRW-Schulen solche Klimatage zur Regel werden." Hier könne ein entsprechender Erlass des NRW-Schulministeriums sehr hilfreich sein.

Damit könnten aus den "Fridays for future" künftig "Weekdays for future" werden.

DREI FRAGEN AN...

KATHARINA MÜLLER (18), AKTIVISTIN BEI "FRIDAYS FOR FUTURE"

Katharina, du bist für den BUND aktiv und organisierst "Fridays For Future"-Demos in Paderborn. Was bewegt dich dazu?

Ich finde es ziemlich unfair, dass unser alltägliches Verhalten die Existenz von Mensch und Ökosystem an anderen Orten der Welt gefährdet. In der Schule wurde uns immer gesagt: „Was wir nicht wollen, sollen wir auch keinen anderen antun.“ Und dass wir uns gegen das, was wir als unfair sehen, einsetzen sollen. Die Klimakrise wartet nicht auf mein Abitur, aber die verantwortlichen Politiker*Innen scheint dies nicht zu interessieren.

Was entgegnest du Politikern, die Klimaschutz vermeintlichen Profis überlassen wollen und euch das Schule schwänzen vorwerfen?

Meiner Meinung nach haben die Politiker*Innen die letzten Jahre über ihren Job in Sachen Klimapolitik geschwänzt. Da ist es doch wirklich nicht schlimm, wenn man mal zwei Stunden die Woche den Unterricht sausen lässt, um für die Zukunft zu protestieren.

Die Aussage mit „den Klimaschutz den Profis überlassen“ finde ich einfach nur lächerlich. Wir haben gerade erst im Erdkundeunterricht darüber gesprochen, wie viel CO₂ ein Kohle-



Foto: Carmen Behrens

kraftwerk ausstößt und was CO₂ mit unserer Umwelt macht. Und obwohl wir keine Profis sind haben das meine Klassenkameraden und ich verstanden.

"Die Klimakrise wartet nicht auf mein Abitur."

Möglichkeiten, sich für den Klimaschutz zu engagieren, gibt es viele. Was macht das Besondere an FFF aus?

Um bei Fridays for Future mitzumachen braucht man nicht viel. Es ist kein Fachwissen oder sonst irgendein Wissen nötig, um den Klimawandel wahrzunehmen und über ihn zu reden. Informationen kann man sich zudem von überall holen - selbst auf Netflix gibt es Dokus über dem Klimawandel. Außerdem gibt es keine Gründe, welche gegen das Teilnehmen an einem Klimaprotest sprechen. Bei den Demos ist immer ein großer Kampfgeist zu spüren, hier merkt man dann, dass es uns wichtig ist und wir wirklich für die Sache kämpfen.



Foto: Oliver Langel

Der BUND hat für Düsseldorf eine erste Umweltspur erwirkt.

STICKOXIDE UND STRASSENVERKEHR

NOCH KEIN AUFATMEN

Die Luftbelastung in unseren Städten bleibt schlecht. Auch in 2018 wurden die Stickstoffdioxid-Grenzwerte in 25 NRW-Kommunen überschritten.



DIRK JANSEN

ist Geschäftsleiter des BUND NRW

Foto: privat

Im Schnitt ging die Stickstoffdioxid (NO₂)-Belastung an den vom Verkehr geprägten Messstellen in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr um rund ein Mikrogramm pro Kubikmeter Luft (µg/m³) gegenüber dem Vorjahr zurück. Während die Landesumweltministerin sich auf einem guten Weg sieht, kritisierte der BUND den anhaltenden Verstoß gegen unser Recht auf saubere Luft.

VERSTOSS GEGEN EU-RECHT

Negativer Spitzenreiter der NO₂-Belastung bleibt Köln vor Düsseldorf, Düren, Bonn und Hagen. Bei diesen Messstellen gab es zwar marginale Verbesserungen, nach wie vor wird aber der Jahresgrenzwert von 40 µg/m³ massiv überschritten. An einigen Messstellen wurden sogar auch Zunahmen verzeichnet, so zum Beispiel in Aachen, Bonn oder Dortmund.

Die Messwerte zeigen, dass die bei der Fortschreibung der Luftreinhaltepläne be-

schlossenen Maßnahmen noch nicht ausreichen. Zwar konnte in Städten wie Bielefeld, Siegen und Solingen die NO₂-Belastung um bis zu sechs µg/m³ reduziert werden, aber der Verstoß gegen die Forderung der EU-Kommission und der Gerichte nach einer schnellen Einhaltung des seit 2010 geltenden Grenzwertes bleibt.

Umweltsuren sollen helfen

Derweil bleibt Skepsis angesagt, ob die bei der Fortschreibung der kommunalen Luftreinhaltepläne beschlossenen Maßnahmen ausreichen. Erst nach einer Intervention des BUND bei der Landesumweltministerin hatte die Stadt Düsseldorf erste Umweltsuren testweise eingeführt. Auch ein "geschützter Radweg" folgt in Kürze. Die öffentliche Aufregung bei der Eröffnung der ersten Umweltsur auf der Merowinger Straße - quasi vor der Haustür der BUND-Landesgeschäftsstelle - war groß. Ob diese Maßnahme allerdings als Blaupause für andere Städte taugt, bleibt abzuwarten.

Sollen Fahrverbote vermieden werden, kann nur eine schnelle Hardware-Nachrüstung auf Kosten der Automobilindustrie Abhilfe schaffen. Auch wenn Landesumweltministerin Heinen-Esser eine solche unterstützt, wird sie noch immer von der Bundesregierung blockiert.

Letztendlich aber brauchen wir eine andere Verkehrspolitik. Auch wenn es unpopulär ist: Die Zeit der "freien Fahrt für freie Bürger" muss vorbei sein. Es kann nicht länger angehen, dass der autofahrende Teil der Bevölkerung die gigantischen volkswirtschaftlichen Kosten des motorisierten Individualverkehrs auf die Allgemeinheit abwälzt. Neben weiteren Restriktionen (Parkraumverknappung und -verteuerung, City-Maut, etc.) muss aber vor allem endlich ein umweltfreundliches Mobilitätsangebot geschaffen werden. Dass würde letztendlich mehr Lebensqualität für alle bedeuten, und wir Städter*innen könnten endlich einmal frei durchatmen.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/saubere_luft

AKTUELLES



Foto: BUND

HANDY-SAMMLUNG FÜR DIE UMWELT

Ausrangierte Mobiltelefone sind eine wertvolle Rohstoffquelle. Der BUND sammelt deshalb alte Handys und führt sie dem Recycling zu.

Viele Millionen Handys lagern ungenutzt in deutschen Schubladen. Etliche werden gedankenlos im Hausmüll entsorgt, obwohl sie recycelt werden können. Wertvolle und seltene Metalle lassen sich so wieder verwerten. Schülerinnen und Schüler des Rudolf-Rempel-Berufskolleg (RRBK) in Bielefeld-Brackwede haben deshalb eine Handy-Sammlung gestartet. Jetzt wurde die erste gefüllte Sammelbox mit über 80 Handys an den BUND übergeben, der die Sammelaktion landesweit unterstützt. Die RRBK-Schüler Haythan Bouzza, Medin Jashori und Edvin Kaptanovic übergaben die Sammelbox an Jürgen Birsch und Adalbert Niemeyer-Lüllwitz von der BUND-Kreisgruppe Bielefeld. Mit dabei die Lehrerin Beate Scheele und Lehrer Andreas Erdmann.

Der BUND arbeitet bei der Sammlung mit dem bundesweiten Rücknahmesys-

tem „Mobile-Box“ zusammen. Etwa 10 Prozent der Mobiltelefone werden innereuropäisch wiederverwendet, nachdem sie geprüft, teilweise repariert und vollständig von persönlichen Daten bereinigt wurden. Die Masse der gesammelten Handys wird einem zertifizierten Recycling-Betrieb übergeben. Dort werden sie in einzelne Materialfraktionen zerlegt, die anschließend in großen Schmelzofen-Anlagen recycelt werden. So werden wertvolle und teils sehr seltene Rohstoffe wie Gold, Silber und Kupfer wiedergewonnen. Diese müssen nicht mehr umweltschädigend in Bergwerken auf der ganzen Welt abgebaut werden. Mit einem Teil der Erlöse wird dann die ehrenamtliche Arbeit des BUND unterstützt.



MEHR ZUM THEMA

www.bund-nrw.de/handysammlung

Zu Folgen und Risiken der mobilen Kommunikationstechnologien: www.bund.net/emf

WAS TUN?



Ochideen schützen

Im Mai beginnt die Blütezeit vieler heimischer Orchideenarten. Der Arbeitskreis Heimische Orchideen (AHO NRW), ein Landesarbeitskreis des BUND, bietet auch in diesem Jahr wieder zahlreiche Mitmachangebote. Neben interessanten Exkursionen und Pflegeeinsätzen in Vorkommensgebiete der vielfach hochgradig gefährdeten Arten ruft der AHO auch zur Meldung von Orchideenvorkommen auf. Über die neue Internetseite haben nun auch Neueinsteiger die Möglichkeit, Orchideenfunde zu melden.



KONTAKT UND INFOS

www.aho-nrw.de



Das Kleine Knabenkraut (Orchis morio) beginnt sehr früh im Jahr mit der Blüte.

Foto: Jürgen Hokamp



Geschafft!

Viele Menschen im ganzen Land waren seit Juni 2018 für die Volksinitiative 'Aufbruch Fahrrad' im Einsatz und haben Unterschriften gesammelt. Die Mindestzahl von 66.000 Unterschriften haben wir erreicht. Jetzt geht's weiter!

Damit sind wir die erste erfolgreiche Volksinitiative in NRW – mit einem Fahrradthema! Nun ist klar, der Landtag in Düsseldorf wird sich mit Aufbruch Fahrrad und unseren Forderungen befassen müssen. Jetzt gilt es für uns vor allem, weiterzumachen. Wir hören bei 66.000 Unterschriften nicht auf, zu sammeln. Wir wollen so viele Unterschriften wie möglich erreichen, um damit den politischen Druck zu erhöhen. Die Abgeordneten im Landtag sollen sehen, dass nicht nur 66.000 Menschen in NRW, sondern viel, viel mehr Menschen die Forderungen zur Steigerung des Anteils des Radverkehrs auf mindestens 25 Prozent unterstützen. Die endgültige Anzahl an Unterschriften werden dann auf der Radkomm #5 am 1. Juni 2019 verkündet. Da mit Frühlingsbeginn die Möglichkeiten zum Unterschriftensammeln im Freien wieder zahlreicher sind, gibt es aktuell wieder viele Gelegenheiten, die Unterschriftenzahl zu steigern. Schauen Sie auf unseren Terminkalender, welche Sammelaktionen es in Ihrer Nähe gibt – oder starten Sie einfach eine eigene Sammelaktion!

i MEHR ZUM THEMA
www.aufbruch-fahrrad.de

f AKTIV AUF FACEBOOK



Immer aktuell informiert sein und mitdiskutieren? Folgen Sie uns auf Facebook. Wir freuen uns über neue Freund*innen mit Lust am Dialog!

i WERDEN SIE BUND-FREUND*IN
www.facebook.com/bund.nrw

LESE-TIPP

BUND NRW Jahresbericht 2018

Hinter dem BUND in NRW liegt ein erfolgreiches Jahr 2018. Ob Energiewende, Klimaschutz, tier- und umweltgerechte Landwirtschaft, der Schutz unserer biologischen Vielfalt oder die Umweltbildung – der BUND ist Motor, wenn es darum geht, unser Land Stück um Stück lebenswerter zu gestalten. Mit dem Rodungsstopp im Hambacher Wald haben wir einen international beachteten Erfolg errungen, aber auch mit vielen kleinen und größeren Projekten leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen. Basis dafür ist die politische und finanzielle Unabhängigkeit des BUND. Dank unserer treuen Mitglieder ist diese Arbeit möglich. Den Mitgliederzuwachs von etwa 10 Prozent in 2018 sehen wir als Vertrauensbeweis. Wer das Jahr 2018 Revue passieren lassen will, dem sei der neue Jahresbericht empfohlen.



i MEHR ZUM THEMA
Bezug von Einzel Exemplaren:
bund.nrw@bund.net
Download: www.bund-nrw.de

KONTAKTIEREN SIE UNS

Sie haben Fragen zu unserer Arbeit oder Ihrer Mitgliedschaft? Zögern Sie nicht, uns per Post, Mail oder Telefon zu kontaktieren!

BUND NRW e.V.
Merowingerstraße 88
0225 Düsseldorf
Tel. 0211/30200522
E-Mail: bund.nrw@bund.net

IMPRESSUM
Herausgeber: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen e.V. vertreten durch Holger Sticht, Vorsitzender, Merowingerstraße 88, 40225 Düsseldorf, Tel. 0211 - 30 200 5-0, Fax -26, www.bund-nrw.de
Redaktion und Layout: Dirk Jansen, Geschäftsleiter, Tel. 0211 - 30 200 522, dirk.jansen@bund.net
Auflage: 22.900; Druck und Versand: Brühlsche Universitätsdruckerei Gießen
BUND-Spendenkonto: Bank für Sozialwirtschaft GmbH Köln; Bankencode: BFSWDE33XXX, Konto: DE 10 3702 0500 0008 2046 0
Hinweis: Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder! Nachdruck nur mit Genehmigung des BUND NRW e.V. Das BUND-Magazin erscheint viermal im Jahr. Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 30.6.2019, © BUND NRW e.V., Mai 2019